

Datum:	16.06.2023
Organisation/Verband:	Netzwerk Engagementförderung¹
Engagementbereich:	Alle

Thema 1

Bürokratie und Kooperation

Zentrale Erkenntnis:

Das bürgerschaftliche Engagement leidet unter dem kontinuierlich gestiegenen Verwaltungsaufwand, während die Praxis der Förderung weitgehend unabgestimmt und oft kompliziert ist. Dadurch gehen erhebliche (personelle) Ressourcen für das konkrete Engagement und dessen notwendige fachliche Begleitung verloren.

Empfehlung 1:

Der bürokratische Aufwand sollte auf ein sinnvolles und handhabbares Maß reduziert werden, welches sich konsequent an der Handlungslogik des Engagements und nicht der Verwaltung orientiert. Durch die Reformierung des Zuwendungsrechts, etwa Vereinfachungen bei Antragstellung, Mittelverwendung und Nachweisführung, könnten zivilgesellschaftliche Akteure gezielt entlastet werden.

Empfehlung 2:

Der Ausbau und die Etablierung von sektoren- und ressortübergreifender sowie föderaler Kooperationen könnten dem gemeinsamen Ziel einer effektiveren und nachhaltigeren Förderung des Engagements dienen. Durch eine verbesserte Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern (und Kommunen) sowie den zivilgesellschaftlichen Akteuren könnte eine größere Transparenz über die bestehende Praxis der Engagementunterstützung gewonnen sowie deren Lücken aufgedeckt und gezielt geschlossen werden.

Empfehlung 3:

Die dynamischen Entwicklungen im Engagement, z.B. die nachlassende Bindungswirkung traditioneller Strukturen und der Zuwachs von spontanen und projektorientierten Aktivitätsformen, sollten sich in der Engagementförderung widerspiegeln. Durch konkrete Vereinfachungen, wie z.B. die Anerkennung von freiwilligem Engagement als Eigenleistung, der Pauschalierung bei geringen Fördersummen oder dem obligatorischen Ansatz von Overheadpauschalen, könnten zusätzliche Akteure für das Engagement gewonnen und insbesondere kleinere Organisationen und Initiativen in ihren Aktivitäten besser unterstützt werden.

¹ Getragen von: **Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen, Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros, Bundesnetzwerk der Mehrgenerationenhäuser, Bündnis der Bürgerstiftungen Deutschlands, Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen**

Engagementstrategie des Bundes | Stellungnahme Verbändebeteiligung

Thema

Wertschätzung und Anerkennung

Zentrale Erkenntnis:

Die gesellschaftliche Wahrnehmung und die politische Stellung des freiwilligen Engagements entsprechen nicht dessen Bedeutung für den sozialen Zusammenhalt und die demokratische Kultur. Rhetorische und ritualisierte Formen der Wertschätzung sind nicht ausreichend, um den sozialstabilisierenden und demokratiestärkenden Aktivitäten der Menschen gerecht zu werden.

Empfehlung 1:

Die gesellschaftliche Relevanz des Engagements sollte im politischen Raum deutlicher abgebildet werden. Vorhandene Gremien (wie der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement im Bundestag oder die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum bürgerschaftlichen Engagement) sollten mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden. Die Zusammenarbeit der einzelnen Bundesressorts sollte gestärkt und Zuständigkeiten gebündelt werden, z.B. durch ein eigenes Ressort oder ein*e Bundesbeauftragte*n.

Empfehlung 2:

Die komplementären Eigenschaften des Engagements sollten im gesellschaftlichen Diskurs sichtbar werden. Dazu gehört ein „Dialog auf Augenhöhe“ von Politik und Zivilgesellschaft, beim dem die Interessen der Engagierten und ihrer Organisationen in relevante engagementpolitische Entscheidungen partizipativ einbezogen werden.

Empfehlung 3:

Das freiwillige Engagement braucht angemessene und differenzierte Formen der gesellschaftlichen Wertschätzung und Anerkennung, basierend auf einer positiven Grundhaltung in Politik und Verwaltung. Bei der konkreten Ausgestaltung der Anerkennungsformen sollten die unterschiedlichen Erwartungen und Bedürfnisse der Engagierten und ihrer Organisationen handlungsleitend sein.

Thema 3

Infrastruktur und Finanzierung

Zentrale Erkenntnis:

Das Engagement der Menschen findet überwiegend im lokalen Raum statt, die Rahmenbedingungen dafür sind jedoch sehr unterschiedlich. Die disparate politische Wahrnehmung und Förderung durch Länder und Kommunen führt zu einer uneinheitlichen Engagementlandschaft in Deutschland, die keine gleichen Zugänge und gerechte Teilhabe für alle ermöglicht.

Engagementstrategie des Bundes | Stellungnahme Verbändebeteiligung

Empfehlung 1:

Das Grundgesetzgebot „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ sollte auch auf die Engagementförderung und ihre Rahmenbedingungen angewendet werden, da sie von zentraler Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. Die Gestaltungspielräume des Bundes sollten durch ein Engagementfördergesetz gestärkt werden, welches eine nachhaltige Infrastrukturförderung insbesondere in strukturschwachen Regionen ermöglicht.

Empfehlung 2:

Angemessene Ermöglichungsstrukturen und Anlaufstellen im lokalen Raum sind von entscheidender Bedeutung für die Engagemententwicklung. Deren notwendige Förderung sollte nicht der jeweiligen Haushaltslage vor Ort überlassen sein, sondern durch eine gesetzliche Regelung zur kommunalen Pflichtaufgabe werden.

Empfehlung 3:

Bundesprogramme zur Engagementförderung wie „Demokratie leben“ oder „Menschen stärken Menschen“ geben wichtige Impulse für die Gestaltung gesellschaftlicher Herausforderungen. Diese Ansätze zur Gestaltung gesellschaftlicher Vielfalt sind von übergeordnetem Interesse und sollten deshalb nachhaltig auf Bundesebene abgesichert werden.

(ggf.) Zusammenfassung zentraler Erkenntnisse / Empfehlungen

Die lokalen Infrastruktureinrichtungen (Bürgerstiftungen, Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäuser, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen) sehen die beschriebenen Themenfelder als zentral für die Zukunft der Engagementförderung an. Der Schwerpunkt liegt hier bei den Kompetenzen des Bundes, die es zu stärken gilt, ohne die Gestaltungsmöglichkeiten der Länder und der Kommunen zu beschneiden. Vielmehr muss es gelingen, die verschiedenen Akteure – inklusive der Zivilgesellschaft selbst – in ein produktives Miteinander zu bringen, u.a. um diese wichtigen Infrastrukturen nachhaltig abzusichern. Diesen Prozess anzuregen und zu moderieren, wäre eine wichtige strategische Aufgabe der Bundespolitik.

[Knappe Zusammenfassung wesentlicher Erkenntnisse / Empfehlungen]